

Datum: 22.05.2018

**An die Bezirksbürgermeisterin/den Bezirksbürgermeister als Vorsitzende(r) der
Bezirksvertretung Schildesche**

Antrag

Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Bezirksvertretung Schildesche	05.06.2018	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Öffnungszeiten der Bürgerberatung in Schildesche

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung beschließt folgendes:

1. Die Bürgerberatung Schildesche ist derzeit am Mo. und Mi. von 9.00 bis 12.00 Uhr geöffnet. Die nun geplante Öffnungszeit soll zudem auf einen Nachmittag in der Woche, allerdings nicht wie vorgesehen von 14.00 bis 16.00 Uhr, sondern von 14.00 bis 18.00 Uhr ausgeweitet werden.
2. Diese Ausweitung soll dauerhaft beibehalten und nicht nur „übergangsweise“ betrieben werden.

Begründung:

Insbesondere für Vollzeitberufstätige stellt das „übergangsweise“ Angebot eines Zeitfensters von 14.00 bis 16.00 Uhr keine wirkliche Verbesserung dar, denn diese Kunden müssten dennoch Urlaub oder angesparte Ausgleichsstunden dafür einsetzen. Durch eine Öffnungszeit von 14.00 bis 18.00 Uhr ist die Möglichkeit der Inanspruchnahme kompatibler.

Da die reduzierten Öffnungszeiten in den kleineren Filialen zu zusätzlichen Fahrten zu den weiter entfernten Bürgerberatungen mit Nachmittagssprechstunden geführt haben, ist damit dann wieder zu rechnen, wenn die „übergangsweisen“ Nachmittagsstunden zurückgenommen werden sollten. Dies trägt nicht gerade zum Erreichen der Bielefelder Klimaschutzziele bei.

Die hohen Kundenzuwächse bspw. in Heepen und Mitte haben dort zu verlängerten Wartezeiten geführt, da die Kunden von den kleineren Filialen auf diese ausgewichen sind. Aber auch in Schildesche verlängerte sich die Wartezeit, obwohl die Zahl der Kunden abgenommen hat. Durch den Neuzuzug hat sich die Anzahl der Vorgänge 2017 gegenüber dem Vorjahr stadtweit um 6272 erhöht. Insofern plädieren wir für die durchgehende Beibehaltung des erwähnten, an der Lebens- und Arbeitswirklichkeit orientierten Nachmittagsangebots.

Wie u.a. aktuell der Presse zu entnehmen ist, wird es weiterhin einen konstant gleichbleibenden Bevölkerungsanteil geben, der von Online-Angeboten keinen Gebrauch nehmen wird und eine persönliche Beratung bevorzugt. Zudem sehen wir in der angestrebten vollständigen Verlagerung auf Online-Termin-Verfahren eine Einschränkung eines personengeprägten, stadtteilbezogenen Service-Angebots, das allen Bielefeldern zusteht. Die zunehmende Anonymisierung und Technisierung der Kontakte gegenüber Behörden sollte durch eine persönliche Ansprache und Auseinandersetzungsmöglichkeit geprägt sein.

Unterschrift:

gez.
Inge Bernert